

---

(Schluß von Seite 2)

Besitzer von Schußwaffen machen sich bei fahrlässiger Handhabung und Aufbewahrung der Waffe einer strafbaren Handlung schuldig, die mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

Die praktische Durchführung der Erteilung von Waffenscheinen an Besitzer von Gewehren wird längere Zeit erfordern; die Regierung hofft, diese Maßnahmen im Laufe von drei Jahren einführen zu können.

#### Besondere kriminalistische Untersuchungen

Hier sind Maßnahmen vorgesehen, um die Provinzregierungen zur Einrichtung von Sonderkommissionen zur Untersuchung krimineller Vereinigungen zu ermächtigen. Diese Kommissionen werden befugt sein, Zeugen aus allen Teilen Kanadas zu Aussagen unter Eid vor der Kommission vorzuladen und die Beibringung von Dokumenten anzuordnen, sowie Haussuchungsbefehle auszustellen.

#### Elektronische Überwachung

In der Gesetzgebung sind verschiedene Änderungen vorgesehen, um der Polizei bei ihrem Kampf gegen kriminelle Vereinigungen den wirksameren Einsatz der elektronischen Überwachung zu ermöglichen, jedoch unter gleichzeitiger Wahrung des Anrechtes des Einzelnen auf grundsätzlichen Schutz der Privatsphäre, welches das Parlament 1974 anerkannt hat.

Die Gesetzesvorlage enthält folgende Änderungsvorschläge:

Die Gerichte werden ermächtigt, in Bezug auf alle schwereren Straftaten Abhörgenehmigungen zu erteilen.

Bei jeder strafbaren Handlung, ganz gleich ob krimineller oder sonstiger Art, kann die Genehmigung dann gerechtfertigt sein, wenn die Straftat ihren Merkmalen nach Bestandteil der Tätigkeit einer kriminellen Vereinigung zu sein scheint.

Die Niederschrift des Ergebnisses unbefugter Überwachung wird zwar nicht selbst als Beweismittel akzeptiert, wohl aber Beweismittel, die sich aus den durch die Niederschrift erhaltenen Informationen ergeben.

Die richterliche Genehmigung wird 60 anstelle von 30 Tagen gültig sein.

Die Vorschrift, daß die überwachte Person innerhalb von 90 Tagen nach Beendigung der Überwachung davon zu unterrichten ist, wird aufgehoben. Wenn die Massenmedien über eine durch Überwachung erhaltene Mitteilung berichten, die im öffentlichen Gerichtsverfahren eröffnet worden ist, begehen sie damit keine strafbare Handlung.

#### Gemeingefährliche Verbrecher

Durch die geplante Gesetzgebung werden die gegenwärtige bezüglich Gewohnheits- und gefährlichen Sexualstraftätern geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches aufgehoben und durch neue Bestimmungen ersetzt, welche die Gerichte ermächtigen, im Falle aller gefährlichen Verbrecher, einschließlich gefährlicher Sexualverbrechen, auf eine unbefristete Gefängnisstrafe zu erkennen.

Das Gericht kann auf eine derartige Strafe erkennen, wenn der Täter eines Verbrechens schuldig befunden wurde, für das er zu mindestens 10 Jahren verurteilt werden kann und das folgende Totbestände einschließt: tatsächliche oder versuchte Gewaltanwendung oder eine Handlung, durch die das Leben oder die Sicherheit einer anderen Person tatsächlich oder wahrscheinlich gefährdet oder einer anderen Person wahrscheinlich schwerer psychologischer Schaden zugefügt wird.

Eine unbefristete Strafe kann auferlegt werden, wenn der Täter eines schweren Sexualverbrechens, beispielsweise tatsächlicher oder versuchter Notzucht schuldig gesprochen worden und das Gericht von der Wahrscheinlichkeit überzeugt ist, daß